

Z. E. G. - Brotverföorgung - Kartoffelfrage

Aus dem Ernährungsausschuß des Reichstags.

In der am Freitag fortgesetzten Beratung des Ernährungsausschusses des Reichstages rügte ein Sozialdemokrat die trotz der Einwirkung der Z. E. G. so hohen Preise für Heringe und Nale, sowie die Ungenießbarkeit der im Verkehr befindlichen Fischwürst. Ein Nationalliberaler wünscht, daß die Öffentlichkeit über die Unrichtigkeit der Beschuldigungen gegen die Z. E. G. aufgeklärt werde. Es wäre erwünscht, wenn möglichst viel Postpakete mit Lebensmitteln herbeikommen und auf das Kontingent nicht angerechnet werden. Man solle nicht allzu viel Fische den Konservfabriken überlassen. Ministerialdirektor Müller führte aus, daß die Z. E. G. mit dem Verkauf und der Verteilung nichts zu tun habe, sie sei nichts als eine große Einfuhrgesellschaft. Für Zurückhaltung von Waren durch Einzelne ist sie nicht verantwortlich. Im allgemeinen Interesse mußte der Grenzverkehr an der holländischen Grenze und der Paketverkehr mit Lebensmitteln eingeschränkt werden. Die Gewinne der Z. E. G. werden im Interesse der Verbilligung von Nahrungsmitteln, wie Heringen usw. verwendet. Geheimrat Frisch gibt Aufklärung über das Verderben eines Wagons Speck, Fett und Fleisch. Schon bei der ersten Untersuchung habe sich ergeben, daß die Ware zum Teil verdorben war. Die Generalisierung des Fischhandels habe die Preise gesenkt. Uebermäßige Herstellung von Konserven soll möglichst verhindert werden. Die Z. E. G. macht keine Gewinne, das Kapital wird bei ihrer Aufhebung den Darlehnern (bis auf 1¼ Millionen sind das das Reich und die Bundesstaaten) zurückgezahlt. Die Preise werden so gestellt, daß sie im Durchschnitt die Unkosten decken.

Ein Volksparteiler erklärt, daß die Z. E. G. im Allgemeinen segensreich gewirkt habe, jedoch dürften nicht die Bezirksstellen auf eigene Hand Einfuhr treiben. Geheimrat Frisch stellte Material über Einfuhr und Verkauf in Aussicht. Ministerialdirektor Müller kündigte eine Uebersicht über die Zuständigkeit der einzelnen Kriegsgesellschaften an. Es liege im öffentlichen Interesse, daß der freie Handel möglichst bald nach Friedensschluß wieder in seine Rechte tritt.

Getreidevorräte und Brotration.

Präsident v. Bafocki teilt mit, daß im Einverständnis mit dem Unterausschuß die Bundesstaaten ermächtigt wurden, den Preis für Schweine unter 60 Kilogramm auf die Säge für die bis 70 Kilogramm zu erhöhen. Zum gestrigen Bericht ist richtig zu stellen, daß an die Brauereien nicht 80 000, sondern 180 000 Tonnen Gerste verteilt wurden. Bis zum Januar gingen die Getreidelieferungen an die Reichsstellen flott ein. Dann wurde es anders, insbesondere durch den Frost, aber trotz der Hemmungen gelang es, größere Störungen zu vermeiden. Die neueste Bestandsaufnahme vom 15. Februar konnte nicht vollständig sein, weil noch viel ungedroschenes Getreide vorhanden war. Die Nachprüfungen sind noch nicht abgeschlossen. Voraussichtlich ist ein Fehlbetrag vorhanden, der es notwendig macht, die Mehrration von 200 auf 170 Gramm herabzusetzen. In vier bis sechs Wochen wird sich übersehen lassen, ob schon vor der neuen Ernte eine Aufhebung der Herabsetzung möglich ist, die dann sofort erfolgen soll. Das wird auch davon abhängen, wieviel aus Rumänien hereinkommt, da Streckungsmittel nicht vorhanden sind. Die Brotration wird etwa um ein Fünftel vermindert werden. Die Zulagen für die Jugendlichen fallen fort, die übrigen Zulagen werden um je 25 v. H. gekürzt, ebenso die Ration der Selbstverpfleger. Es werde so für die vier Monate von Mitte April bis Mitte August erspart werden, falls die Herabsetzung aufrechterhalten wird. Die Nachprüfung der Volkszählung ist noch nicht abgeschlossen, sie konnte nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden, nachgemeldet ist bereits eine halbe Million Menschen, sie hat aber ergeben, daß zweifellos große Unterschleife und Schiegunen stattgefunden haben, an manchen Orten wurde viel mehr Mehl verbraucht, als gerechtfertigt war.

Fünf Pfund Kartoffeln!

Die infolge des Frostwetters als Kartoffelerntejahre notgedrungen gewährte Mehrmenge hat annähernd 100 000 Tonnen betragen. Der Hauptfehlbetrag ist auf schlechten Ausfall der

Ernte und auf Verfütterung zurückzuführen. Die verfütterte Menge scheint aber nicht groß zu sein, im allgemeinen scheint die Landbevölkerung eine Vergeudung des Brotkorns. Die Kartoffelbestandsaufnahme ist infolge des Frostes noch nicht abgeschlossen. Soweit sie gediehen ist, hat sie ein im Verhältnis zur schlechten Ernte günstiges Resultat ergeben. Der Frostschaden scheint nicht sehr groß zu sein. Es wird möglich sein, die volle Ration von 5 Pfund pro Woche zu gewähren. Die Vorräte sind voraussichtlich erheblich größer als im Vorjahr. Die Herabsetzung der Brotration soll erst eintreten, wenn die Kartoffellieferung voll im Gange ist.

250 Gramm Fleischzulage.

Als Ersatz für die verringerte Brotration soll eine Fleischzulage von 250 Gramm gewährt werden. Die durch Hauschlachtungen Selbstverpflegten erhalten keine Zulage. Aus der preussischen Staatskasse soll ein Zuschuß von 0,70 Mark pro Kopf gewährt werden, und außerdem den Regierungspräsidenten noch ein Zuschuß für besonders leistungsschwache Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Den Kommunen bleibt die Verwendung dieser Gelder für die Minderbemittelten überlassen. Kinder unter 6 Jahren erhalten nur die halbe Fleischzulage. Der verschärfte Eingriff in die Viehbestände ist notwendig, wird diese auch nicht ruinieren, da das Ergebnis der letzten Viehzählung günstig ist.

Die Weiterberatung wurde vertagt.